

Krafsauer Zeitung.

1862.

Nr. 264.

Montag, den 17. November

Die „Krafsauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krafsau 4 fl. 20 Kr., mit Verendung 5 fl. 25 Kr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Kr. berechnet. — Inserationsgebühren im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für 14 Tage 1 fl. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krafsauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten.

VI. Jahrgang.

Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Amtlicher Theil.

Nr. 43903.

Der gr.-kath. Pfarrer in Czernelico Kolomyaer Kreises Michael Popiel hat unterm 16. April 1862 drei galizische Grundentlastungs-Obligationen des Lemberger Verwaltungsgebietes im Gesamtnominalbetrage von 1600 fl. C.M. nämlich die Obligationen Nr. 8687 über 1000 fl., Nr. 8294 über 500 fl. und Nr. 15093 über 100 fl. sammt Coupons zunächst am 1. November 1862 zahlbar, zur Gründung eines Stipendiums für Schüler der Normalschulen oder des Gymnasiums unter dem Namen des zweiten Popiel'schen Stipendiums mit folgenden näheren Bestimmungen erlegt:

1. Zum Genusse dieses Stipendiums pr. 80 fl. ö. W. jährlich sind arme studierende Ruthenen g.-k. Ritus, welche die Normalschulen von der 2. Classe angefangen, oder die Gymnasien, falls sie aus der Familie Popiel sind — mit gutem, sonst mit vorzüglichem Erfolge besuchen, berufen.

2. Auf die Theilnahme mit diesem Stipendium haben vor allen jene armen Schüler Anspruch, welche von den Eheleuten Jakob und Katharina (geb. Kunicka) Popiele, gewesenen Inhabern von Meducha Brzezany'er Kreises abstammen. In Ermanglung derselben Competenten, gehen allen andern Bewerbern die Abkömmlinge der leiblichen Brüder des genannten Jakob Popiel, voran.

Nach diesen genießen ein Vorrecht von den übrigen diejenigen Jünglinge, welche in einem der ruthenischen Kreise Galiziens geboren sind und den Namen Popiel führen.

Sind derlei Candidaten nicht vorhanden, so ist das Stipendium an einen solchen Studierenden gr.-kath. Ritus zu verleihen, dessen Eltern ihren Wohnsitz in Czernelico oder in dem dahin eingepfarrten Dorfe Chmielówka haben.

In Ermanglung auch solcher Competenten endlich ist das Stipendium an was immer für einen armen ruthenischen Schüler zu vergeben.]

3. Der Genuss des Stipendiums dauert bis zur Beendigung der Gymnasialstudien, oder so lange als er ein anderes Stipendium erlangt, und ist einem Stipendisten aus der Familie Popiel selbst dann nicht zu entziehen, wenn er ein zweites Jahr in einer Klasse verbleiben mußte.

Derjenige, welcher im Genuss dieses Stipendiums sich befindet, ist im Gewissen verpflichtet:

a) wenn er nach beendigten Studien dem geistlichen Stande angehöret wird, eine h. Messe für das Seelenheil des Jakob Popiel und dessen Ehegattin Katharina, und eine zweite für den Stifter dieses Stipendiums Michael Popiel und dessen Ehegattin Theresie selbst abzulesen, und wenn er dem weltlichen Stande angehöret wird, solche ablesen zu lassen;

b) die schulbesuchende Jugend aus der Nachkommenschaft des Stipendisten aufzuwachen und solche zu belehren, daß ihr vor Allen das Vorrecht zu diesem Stipendium gebührt. — Diese beiden Clausein sind in das Stipendiumsverleihungsdecree aufzunehmen.

5. Das Recht zur Verleihung dieses Stipendiums

steht dem Stifter für seine Lebensdauer, nach dessen Tode aber dem g. k. Metropolitan-Consistorium in Lemberg zu, welchem auch die Aufsicht über die Stiftung und ihre pünktliche Erfüllung zusteht. Im Uebrigen gelten die allgemeinen für Stipendium bestehenden gesetzlichen Vorschriften.

6. Das bei einer zeitweiligen Nichtvergebung des Stipendiums sich ergebende, sogenannte Interkalars-Einkommen, soll zum Stammcapital zugeschlagen und so zur Ausbesserung des Stipendiums verwendet werden.

7. Im Falle die Ehegattin des Stipendisten, Theresie Popiel, nach dessen Tode in Armuth verfallen würde, so soll über ihr diesfälliges Einschreiten die Ausfüllung dieses Stipendiums an den damit Betheiligten eingest. W. werden und es hätte die genannte Wittwe den Stipendienbetrag bis zu ihrem Tode zu beziehen, wo soobann das Stipendium an den zuletzt betheiligten Wesen zurückzuführen hat. Wenn aber Ehegattin d. Stipendisten nicht mehr benötigten würde, so ist ein Concurs zur neuerlichen Verleihung dieses Stipendiums auszusprechen.

8. Sollte diese Stipendienstiftung aufgehoben werden, alsdann fällt das Stiftungsvermögen zur Hälfte den Inwohnern griechischen Ritus des Marktsiedens Czernelico, Kolomyaer Kreises, und zur andern Hälfte jeden des Do. des Meducha, Brzezany'er Kreises, als Eigenthum zu die dann solches zur Unterstützung armer Diakone der gr.-katholischen Ritus oder in deren Ermanglung zur Unterstützung verarmter Diakone gr.-kathol. Ritus zu verwenden haben. Zugleich wird bemerkt, daß diese Stiftung vom Schuljahre 1862/3 angefangen in's Leben tritt.

Von der k. k. Statthalterei. Lemberg, am 3. November 1862.

Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 17. November.

Die französische Botschafter in London und St. Petersburg haben vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Drouyn de Lhuys, auf Befehl des Kaisers eine den nordamerikanischen Bürgerkrieg betreffende Note gefertigt erhalten, deren Wortlaut der „Moniteur“ vom 13. d. mittheilt. Es heißt darin: Wie Sie wissen, mein Herr, haben wir, als der Streit ausbrach, es als unsere Pflicht angesehen, die strengste Neutralität zu beobachten, ganz in Uebereinstimmung mit den anderen Groß-Seemächten, und das Cabinet von Washington hat zu mehreren Malen die Biederkeit anerkannt, mit dem wir auf diesem Wege verfahren sind. Unsere Gefühle, die ihn uns vorgzeichnet, sind unandelbar geblieben; aber, weit davon entfernt, den Mächten eine Haltung aufzuzubringen, welche wie Gleichgültigkeit aussehe würde, muß der wohlwollende Charakter dieser Neutralität sie vielmehr veranlassen, sich beiden Parteien nützlich zu erweisen und ihnen aus einer Lage herauszuheifen, welche für den Augenblick wenigstens, keinen Ausgang zu haben scheint. Es hat sich zwischen den Kriegführenden, vom Beginne des

Krieges an, ein Gleichgewicht der Kräfte herausgestellt und sich seitdem fast fortwährend behauptet. Nach so vielem Blutvergießen befinden sich Beide in dieser Hinsicht heute in einer Stellung, die sich nicht merklich geändert hat. Nichts läßt für's Nächste entscheidende Kriegesoperationen voraussehen. Nach den letzten in Europa eingetroffenen Nachrichten wären die beiden Armeen im Gegenseitigen in Lagen, die weder die eine noch die andere hoffen lassen, in kurzer Frist solche merkwürdigen Fortschritte zu machen, um das Gleichgewicht endgültig umkehren und den Friedensschluß beschleunigen zu können. Alle diese Umstände mein Herr, weisen auf die Zweckmäßigkeit eines Waffenstillstandes hin, dem übrigens, wie die Dinge jetzt stehen, kein strategisches Interesse hinderlich zu sein scheint. Dem Frieden günstige Stimmung, welche sich im Norden wie im Süden kundzugeben beginnt, könnte andererseits die Schritte unterstützen, welche gethan würden, den Gedanken eines Waffenstillstandes zu empfehlen. Der Kaiser hat also daran gedacht, den Kriegführenden die guten Dienste der Seemächte zur Hülf anzubieten, und Sr. Majestät hat mich beauftragt, dies der Regierung Ihrer britischen Majestät, so wie dem Hofe Rußlands, vorzuschlagen. Die drei Cabinete würden sich danach sowohl in Washington als bei den Consolideraten es angelegen sein lassen, eine Waffenruhe von 6 Monaten herbeizuführen, während deren jeder kriegerische Act, direct und indirect, zu Lande und zur See vorläufig aufhören müßte, und die nach Bedürfnis noch weiter ausgedehnt werden könnte. Diese Eröffnungen, ich brauche es wohl nicht noch zu sagen, mein Herr, impliciren unsererseits keinen Anspruch über Ursprung oder Ausgang des Zwistes, auch keinen Druck auf die Unterhandlungen, die, man muß es hoffen, zu Gunsten des Waffenstillstandes angeknüpft werden sollten. Unsere Rolle besteht einzig darin, die Schwierigkeiten zu ebnen und nur in dem von den beiden Parteien bestimmten Maße zu interviniren. Wenn die Ereignisse die Hoffnung der drei Mächte nicht rechtfertigen und die Erbitterung des Kampfes den Sieg über den weisen Rath davortragen sollte, so würde dieser Versuch nichts desto weniger ehrenvoll. Die Mächte würden dann eine Pflicht der Menschlichkeit erfüllt haben, welche ganz besonders geboten ist in einem Kriege, wo die Leidenschaft den beiden Gegnern jeden directen Versuch der Unterhandlung so sehr erschwert. Das ist die Mission, welche das Völkerrecht den Neutralen zuweist, so wie es ihnen gleichgültig die strengste Unparteilichkeit vorschreibt, und niemals würden sie einen eideren Gebrauch von ihrem Einflusse gemacht haben, als dadurch, daß sie sich bemühen, einen Kampf zu beenden, der so viel Leidenschaften schafft und so große Interessen in der ganzen Welt gefährdet. Selbst wenn die Eröffnungen ohne unmittelbaren Erfolg blieben, würden sie vielleicht doch nicht ganz nutzlos sein; denn sie könnten die Gemüther ermuntern, sich dem Gedanken an Versöhnung zuzuwenden, und so dazu beigetragen, daß der Augenblick schnell nahe, wo die Wiederkehr des Friedens möglich wird.

Die Note, schreibt ein Correspondent der „R. Z.“, wurde veröffentlicht, weil die englische Regierung die Propositionen Frankreichs von der Hand gewiesen hat, und

man hofft, Lord Palmerston und seinen Kollegen durch die Discussion, welche diese Note hervorrufen muß, zum Nachgeben zu zwingen. Schon jetzt ziehen alle französischen Blätter gegen die englische Regierung zu Felde. In den Ministerien herrscht eine ungewöhnliche Verstimmung gegen England, die ihren Ausdruck in der „La France“ findet, welche die entente cordiale gewissermaßen einspart. Sie richtet unter vielen Fragen auch die an England, ob es etwa eine isolirte Action in Washington vorhat? Das könnte wohl der Fall sein, denn der intime Freund des Präsidenten Lincoln, Herr Weel, wird bereits mit einer wichtigen Mission in London erwartet.

Die Debats bringen einen Leitartikel, welcher sich entschieden gegen eine französische Intervention in Amerika und für die Union ausspricht. „Wir würden“, schreibt das Blatt, „keine besondere Furcht empfinden, wenn wir lähen, wie der Fremde seine Hand an die Vereinigten Staaten legte, indem wir überzeugt sind, daß es nicht die Hand Frankreichs sein würde, und daß wir den Interessen so wie den Ueberlieferungen unseres Landes treu bleiben, wenn wir den Vereinigten Staaten den Sieg wünschen.“

Der Times und der Morning-Post zufolge verbleibt England trotz der Aufforderung Frankreichs vorerst in der amerikanischen Frage passiv, um die weitere Entwicklung der Ereignisse in Amerika abzuwarten. Lord Russells Antwort auf Drouyns Vorschlag soll am 14. d. nach Paris abgegangen sein. Rußl. hat nach der M. Post die Zeit zu einer Vermittelung noch nicht gekommen; man dürfe eine Annahme der Vermittelung nicht voraussetzen; eine Ablehnung aber würde verhindern, bald mit einem neuen Vermittelungsvorschlage hervorzutreten. England lehnt die Intervention ab, weil es hofft, daß ein baldiger Umschwung der öffentlichen Meinung ihm dieselbe erleichtern werde. Frankreich sucht dafür, England in der griechischen Angelegenheit ein Paroli zu bieten. Nach der Mittheilung eines Pariser Correspondenten der F.P.Z. sollen die Cabinete von Paris und Petersburg entschlossen sein, die Wahl der Griechen, wenn sie auf den Herzog von Leuchtenberg fallen sollte, den Bestimmungen des Londoner Protocolls zuwider aufrecht zu halten und andererseits die russische Regierung in Form zu verwerfen, wenn die Griechen sich für eine solche aussprechen. Von beiden Cabineten würde man jedoch die Candidatur des Herzogs von Leuchtenberg nicht direct aufstellen und anerkennen, sondern nur dann wenn, trotz des Protocolls von 1830, die griechische Bevölkerung sich zu Gunsten dieser Candidatur erklärt, oder nationalen Souveränität von Vorzug vor dem Vertrag zugestehen. „Das Pariser Cabinet hat diese Schwankung gemacht“, fügt dieser Correspondent hinzu, „weil England den Vorschlag Frankreichs, einen Waffenstillstand zu Washington und Richmond zu beschließen, nicht bestimmen w. d. Auch hat das Londoner Cabinet von französisch-russischen Umrrieben in Griechenland zu Gunsten des Herzogs von Leuchtenberg Kenntniß erhalten und will Klugungen vornehmen, um allen Eventualitäten begegnen zu können. Von London ist eine Note an die Pforte abgegangen, worin diese ebenfalls zu Klugungen aufgefordert wird.“ Daß

Fenilleton.

Blicke in das Zuchthausleben.

„Gefängnisleben weiblicher Sträflinge“ (Female Life in Prison) ist der Titel eines eben in England erschienenen Buches, in welchem eine Gefängniswärterin aus der großen Strafanstalt Millbank die reichen Erfahrungen ihres Berufslebens mittheilt und daran Betrachtungen über die psychologischen Eigenheiten weiblicher Sträflinge und ihre Besserungsfähigkeit knüpft.

Nach der nach gewissenhafter Prüfung aller ihrer Beobachtungen gefaßten Ueberzeugung der Verfasserin sind die weiblichen Sträflinge viel vorwerfener als die männlichen. Es gibt unter ihnen Naturen, die so durch und durch böse sind, daß der Gefängnis-Geistliche all Versuche zu bessern oder nur zu erweichen, in Verzweiflung aufgibt, und alle Disciplinär-Maßregeln sich fruchtlos erweisen. Bestrafung hat nur die Wirkung sie an Grabesrand zu bringen, und selbst da noch stuch und lästert ihr frecher Mund, und man muß ihnen freien Lauf lassen, wenn man sie nicht sterben sehen will. Manche sind weniger zu zähmen als wilde Thiere, und man fängt an zu bezweifeln, daß sie jemals eine unschuldige Kindheit oder ein besseres Leben gekannt haben. Weitwürdigere sind unter diesen Naturen

nicht die schwersten Verbrecherinnen, fast oder gar keine Mörderinnen zum Beispiel. Meistens sind es unverschämte Diebinnen, oft mit Einbruch, mit einem wahrhaft satanischen Stolz auf ihre Verbrechen zurückblickend.

Neben dieser Verborttheit sind ungemessene Eitelkeit und müthwillige Bosheit die hervorragendsten Eigenschaften der weiblichen Verbrecherseele. Erstere wird gleich bei dem Eintritt in die Strafanstalt auf eine harte Probe gestellt. Die erste unabänderliche Vorschrift, der sich die Gefangene fügen muß, ist das Verschneiden der Haare, schreibt die Verfasserin. Bei solchen, die den ersten Besuch im Zuchthaus machen, vergeht diese Operation selten ohne Sträuben. Frauen, die vielleicht nicht gezittert haben, als sie ihr Kind ermürgten, oder ihren Mann vergifteten, ringen die Hände voll Verzweiflung über die Zumuthung, ihre natürliche Zierde hinzugeben. Sie weinen, bitten auf das flehentlichste, nehmen zuweilen eine trostige Haltung an und widerstehen bis zum Aufsteigen, so daß man schließlich physische Gewalt brauchen muß. Dieses Haarschneiden ist eine der peinlichsten Aufgaben im Gefängnis — es ist aber nothwendig aus Reinlichkeitsrücksichten und dient außerdem als Prüstein des Charakters.

„Die eine unterwirft sich sofort ihrem Schicksal, beugt stoisch die Lippen zusammen und verliert kein Wort der Klage. Einer anderen überläßt es wie Fieberchauer, eine dritte sängt an bitterlich zu weinen,

und eine vierte bittet flehentlich, sie mit dieser Schmach zu verschonen, und beschwört auf den Knien die Wärterin, zu dem Director zu gehen und für sie ein gutes Wort einzulegen.

„Eine hoffen durch Schmeicheleien das Herz der Wärterin zu erweichen, damit diese von der Gefängnisregel absehe, oder wenigstens weniger Haar abschneide, und manches „Meine Liebe, Gute“, und „Gottes Segen mit Ihnen“ strömt über ihre Lippen.

„Die größte Wüthe hatte ich während meiner ganzen Berufsberatung mit einer alten Frau von 60 Jahren, die noch ungefähr eben so viel graue Haare auf dem Kopfe hatte. Sie war ein alter Zuchthausgast — hatte zwei Drittel ihres Lebens im Gefängnis zugebracht, und war so eifrig auf ihre persönliche Erleichterung wie ein 17-jähriges Mädchen.

„Nein, Miß B.“, sagte sie zu der Haarverschneiderin, als sie die Schere erblidte, und richtete sich dabei auf mit der stolz zurückweisenden Miene einer Herzogin. — „diesmal nicht, wenn ich bitten darf, Miß B.“ Es kann nicht geschehen.“

Aber Miß B. versicherte ihr, daß es geschehen könne und geschehen müsse, ehe sie das Zimmer verlasse.

„Es ist anders geworden mit mir, Miß B.“, seitdem ich Sie zuletzt gesehen habe, glauben Sie mir es. Sie sind nicht bejngt, ein Haar auf meinem Haupt anzurühren, Miß.“

„Wie so?“

„Wenn Sie erlauben, Miß, ich bin verheiratet“, sagte die Alte und blickte die Wärterin mit unverhohlenen Siegesbewußtsein an.

„Was hat das damit zu thun? — Seht Euch — Ihr müßt Euch endlich fügen.“

„Was das damit zu thun hat?“ schrie die Alte voller Entrüstung, „na, es ist doch jetzt meines Mannes Haar, und Sie dürfen keinen Finger daran legen nach dem Gesetze. Es gehört meinem Manne und nicht mir, und Sie dürfen nicht daran rühren. Du meine Güte, die Königin von England dürfte jetzt keinen Finger daran legen.“

An jedem anderen Orte und unter anderen Verhältnissen wäre die selbstgefällige Zuversicht der Alten von den Landesgelehrten ihrem grauen Haar gewählten Stauch höchst lächerlich gewesen. Ueberzeugen durch Gründe ließ sie sich nicht, und als trotz ihrer Protestationen ihr Haar kurz geschritten war, gelobte sie feierlich, bei der nächsten Visitation Beschwerde bei der Gefängnisdirection zu führen. Eine solche niederträchtige Verletzung der Landesgesetzte war ihr in ihrem Leben noch nicht vorgekommen.

Die angeborne Pugsucht des Schlechts tritt in manchen Gestaltungen bei den weiblichen Sträflingen auf, und groß ist der Scharfsinn, mit dem sie diesen Tadel zu beschreiben wissen. Eine setzte die Wärterin fortwährend in Bewunderung durch das glänzende Roth ihrer Wangen, die offenbar geschminkt waren,

die englische Regierung für alle Fälle rüft, welche auch die France. Man spricht sogar von einem geheimen Vertrage zwischen England und der Türkei, in welchem der letzteren für den Fall eines aus der griechischen Frage hervorgehenden Krieges bedeutende Subsidien zugesagt würden.

Das „Journal de St. Petersburg“ vom 14. d. bringt die Antwort des Fürsten Gortschakoff auf die Note Drouyn de Lhuys, in welcher Rußland an seine beharrlichen Anstrengungen zu Gunsten einer Verhinderung in Amerika erinnert; sie fügt hinzu: man muß vor Allem den Schein vermeiden, als wolle man irgend einen Druck ausüben; man könnte hierdurch die öffentliche Meinung in Amerika verletzen und die Empfindlichkeit reizen. Wir glauben, daß jeder combinirte Schritt der Mächte, sei er noch so versöhnlicher Art, sobald er einen officiellen oder officiellen Character annimmt, die Gefahr hervorrufen würde, ein dem Zweck des Friedens entgegengegesetztes Resultat herbeizuführen. Wenn Frankreich auf Vermittelung besteht und England seine Zustimmung gibt, so würde Baron Stöckel in Washington seine beiden Collegen, wenn auch nicht officiell, doch moralisch unterstützen.

Das englische Cabinet hat in Bezug auf die in Griechenland bevorstehende Königswahl sich mit einer diplomatischen Note an das Pariser, sowie an das Cabinet von St. Petersburg gewendet. Der Ideengang dieses Actenstücks ist nach einem Pariser Schreiben der „St. Post“ im Allgemeinen so gedeutet: Lord John Russell beginnt damit, von Neuem die Versicherung zu geben, daß die englische Regierung nach wie vor an dem Systeme der Nichttheilnahme in die Angelegenheiten fremder Staaten und Länder festhält. Dieses Princip aber könne auf Griechenland keine Anwendung finden. Letzteres sei durch die Protection der drei Schutzmächte zu einem Staate geworden, und zwar unter Bedingungen, welche in dem Protocol von 1832 festgesetzt wurden. Eine dieser Bedingungen sei, daß das Recht der Thronfolge dem bairischen Königshause verbleibe. Griechenland hätte kein Recht sich einseitig von dieser Bedingung loszusagen und einen König aus einer anderen europäischen Familie zu wählen. Lord John schlägt daher den beiden anderen Schutzmächten vor, sie mögen sich mit England vereinigen, um den Griechen klar zu machen, daß die Wittelsbacher Dynastie allein die Anwartschaft auf den Thron des Landes habe. Diese Note des englischen Cabinets hat ohne Schwierigkeiten die Adhäsion des Herrn Drouyn de Lhuys erlangt. Was den Fürsten Gortschakoff betrifft, so könnte er die Berufung Lord John's auf das Londoner Protocol die Berechtigung nicht abprechen. Die Antwort des St. Petersburgs Cabinets ist daher äußerlich gleichfalls zustimmend ausgefallen; aber der Niederschlag fehlt derselben nicht. Fürst Gortschakoff, indem er von den hiesigen Russen Rußlands spricht, die Ruhe und das Gedeihen eines durch den gemeinsamen Glauben so eng mit dem russischen Reiche verknüpften Staates gesichert zu sehen, lenkt die Aufmerksamkeit der beiden Schutzmächte auf die anderen Bestimmungen des Londoner Vertrages, nach welchen der Nachfolger des König Otto's der orthodoxen Kirche angehören müsse. Hierdurch ist in das Rationnement Lord John's eine gewaltige Wreche geschossen. Bekanntlich haben die Brüder des Königs Otto sich bisher entschieden geweigert, aus dem Verbands der römischen Kirche zu treten, und es ist auch nicht die mindeste Aussicht vorhanden, daß dieselben von diesem Entschlusse abzuweichen werden. Die Sache steht somit praktisch folgendermaßen: Entweder die Schutzmächte müssen sich entschließen, zur Aufrechterhaltung der Vertragsbestimmung König Otto selbst in das Land wieder zurückzuführen, wozu selbst England nicht Lust hat, oder wenn eine andere Königswahl stattfindet, auch anzuerkennen, daß der zukünftige Herrscher griechisch-orientalischer Religion sei. Dagegen hält England an dem Londoner Protocol fest, das gegen den Herzog von Leuchtenberg spreche, wolle man ihn nun als einen Kononoff oder als Napoleoniden gelten lassen.

Der Fürst Ypsilanti wird in der französischen Hauptstadt erwartet, wo er eine Antwort auf das gegen seine Candidatur gerichtete Schreiben des Generals Katergis, des griechischen Gesandten am Tuilerienhofe zu veröffentlichen gedenkt.

Die „France“ bringt eine angeblich aus Turin, allen Anschein nach aber von amtlicher Seite ihr zuge-

gangene Analyse der Depesche, welche Drouyn de Lhuys in der römischen Frage an das Turiner Cabinet gerichtet und welche er in anderer Weise füglich nicht veröffentlicht hätte, bevor sie Katagorisch nicht dem in der nächsten Woche zu eröffnenden Parimente vorgelegt hat. „Herr Drouyn de Lhuys“ schreibt der Correspondent der „France“, „setzt in dieser Depesche auseinander, daß das französische Cabinet sich dazu entschlossen hat, sich jeder Discussion über das Rundschreiben des Generals Durando zu enthalten, mit der einfachen Erklärung, daß dasselbe einer Unterhandlung nicht zu Grunde gelegt werden könne und mit der bestehenden Tradition der französischen Politik in Italien im Widerspruch stehe. Ein kurzer Blick auf die Ereignisse des Jahres 1848 wird genügen, diesen Widerspruch klar zu machen. Als in der That die päpstliche Regierung 1848 durch eine anarchische Bewegung gestürzt wurde, trat Frankreich ein, um dieselbe wieder herzustellen und zu halten namens höherer und allgemeinerer Interessen. Die Umstände erheischen den Erhalt eines Armeecontingents in Rom, um die Sicherheit und Unabhängigkeit des Papstes zu garantiren. Damals erwies sich die sardinische Regierung (Ministerium Gioberti) dieser Politik günstig und stimmte ihr bei; seitdem hat Frankreich Piemont im Besonderen und Italien im Allgemeinen wesentliche Dienste geleistet. Das Andenken daran und die Wohthaten des Feldzugs von 1859 sind laute Zeugen dafür. Aber nach dem Friedensschlusse, und als es sich in Zürich um eine Reorganisation der Dinge handelte, unterließ die Regierung des Kaisers nicht, während sie gleichzeitig Italien die offenbaren Beweise ihrer Sympathie gab, das Turiner Cabinet wissen zu lassen, daß sie nicht gewillt sei, den Schutz, mit dem sie die päpstlichen Staaten deckte, aufzugeben und ihre Truppen in Rom belassen werde. Bald darauf verlor Italien einen Staatsmann von seltener Geistesgröße. Frankreich, den Umfang dieses Verlustes für einen werden Staat, der ein so festes und geschicktes Hand bei seinem so schwierigen Organisationswerke beibrachte, erkennend, hielt es für angemessen, dem neuen Königreiche zu Hilfe zu eilen, und erkannte es officiell an. Diese Anerkennung war aber von der ausdrücklichen (formellen) Erklärung begleitet, daß dadurch nichts geändert werde in Bezug der Befestigung Roms. Als jedoch ein gewaltthätiger Einfall den heil. Stuhl seiner Provinzen beraubte, ärgerte das französische Cabinet nicht, diese Handlung strengstens zu tadeln und nach seine diplomatischen Beziehungen zu dem Cabinet von Turin ab. Die kaiserliche Regierung hat also beständig ihren festen Entschlusse ausgedrückt, Rom vor jedem Angriff zu bewahren und dort die Unabhängigkeit und die Souveränität des Papstes sicher zu stellen. Vor Kurzem schien ein kühnes Unternehmen die Staaten des heil. Stuhles zu bedrohen. Frankreich würde nicht gestattet haben, daß ein Revill das päpstliche Territorium verließ; es würde seine schützende Hand ausgebreitet haben, um jede Gefahr zu beseitigen. Die italienische Regierung hat die Klugheit gehabt, diese revolutionäre Bewegung selbst aufzuhalten. Frankreich hat dieser kräftigen Handlung seinen Beifall gezollt. Es würde jedoch irrig sein, zu glauben, daß, um die Mäßigkeit und Energie des Turiner Cabinets zu belohnen, die französische Regierung von ihrer Politik abghe und Rom räume. Es ist augenscheinlich dieser Irrthum, welcher das Circularschreiben des Herrn Durando inspirirte. Das französische Cabinet kann es nicht als Ausgangspunkt zu einer Unterhandlung zulassen. Zu keiner Zeit kann dasselbe weder Piemont, noch Italien die Hoffnung geben, daß es ihnen Rom und das Papstthum opfern werde. Die Politik des Kaisers wird auf diese Weise durch alle Antecedentien, die Herr Drouyn de Lhuys in seiner Depesche aufzählt, charakterisirt. Diese Politik ist immer in einem versöhnlichen Geiste geleitet worden, der die Interessen Italiens nicht von den Rechten des Papstthums trennt.“ Die „France“ fügt hinzu, daß die Note des Herrn Drouyn den Stempel der vollkommensten Mäßigkeit und der tiefsten Sympathie für Italien an sich trage.

Wie der France aus Rom geschrieben wird, hat die Ankunft des Grafen Kaldemant einen sehr guten Eindruck auf den römischen Hof gemacht. Sogleich nach seiner Ankunft fand bei Cardinal Antonelli eine Berathung statt zur Entgegennahme der von dem neuen französischen Geschäftsträger mitgebrachten Depeschen. Wie man hört, ist darin die Versicherung erneuert, daß die kaiserl. Regierung Rom nicht an die

Turiner Regierung ausliefern werde. Die neue Haltung Frankreichs, heißt es in der Correspondenz, habe das römische Einheitscomité vollkommen entmüthigt. Es habe sich geweigert, die von Turin geschickten Proclamationen zu vertheilen, und siehe auf dem Punkte, sich aufzulösen.

Garibaldi hat nach der Turiner „Discussion“ von Pisa aus eine Proclamation ausgesendet, in welcher Folgendes verlangt wird: Augenblickliche Entlassung des gegenwärtigen Ministeriums, Ertheilung einer absoluten Dicitatur an den König über das ganze italienische Reich, unverzügliche Bewaffnung aller Bürger, deren Bereithaltung, um auf den ersten Befehl sogleich an den Mincio marchiren zu können.

Nach der „S. G.“ unterscheidet sich die vom 6. November datirte dänische Antwort auf die österreichische Depesche vom 22. August von der gleichzeitig nach Berlin gerichteten Note. Es ergibt sich dies, schreibt die genannte Correspondenz, schon aus dem Eingangssatz der Depesche des Herrn von Hall an den hiesigen dänischen Gesandten, denn hier heißt es: In dem von Herrn von Jäger mir überreichten Memorandum hat das k. k. Cabinet dieselben weitgehenden Forderungen in die k. Regierung, welche die preussische Depesche vom 22. August enthält, nicht formuliren wollen, ohne uns zu gleicher Zeit die Gründe mitzutheilen, worauf es seine Anfordrungen stützen zu können glaube. Die k. Regierung hat hierin eine neue Bestätigung ihrer Ueberzeugung gefunden, daß der Kaiserl. Hof durchaus nicht beabsichtigt in seinen Zumuthungen weiter zu gehen, als derselbe durch die Verhandlungen von 1851 berechtigt zu sein annimmt.“ In solcher Weise motivirt Herr von Hall, daß er keineswegs dem österreichischen Memorandum eine historische Darstellung gegenüber stellt, in der aufrichtigen Hoffnung, daß die k. k. Regierung ihre Conclusionen modificiren werde, nachdem sie die Prämissen derselben einer erneuerten Erwägung unterzogen hat.“ Es folgt hierauf die Begründung der Ablehnung des Rathes zur Wiederherstellung der administrativen Verbindung zwischen Schleswig und Holstein, wobei jedoch Herr von Hall keineswegs verkennt, daß „auch dieser Rath von dem uns nicht von der k. k. Regierung bethätigten wohlmeinenden Interesse für das Bestehen und die gedeihliche Entwicklung der dänischen Monarchie inspirirt ist.“ Wie also jetzt die Sachlage ist, dürfte ein weiterer Schriftwechsel in dieser Angelegenheit kaum irgend ein positives Ergebnis in Aussicht stellen. Die Verhandlungen werden wohl eine ganz andere Form annehmen müssen.“

Eine Denkschrift der provisorischen griechischen Regierung, welche wir in der „Indep. belge“ finden, stellt als Programm des neuen Griechentums Folgendes auf: „Es war keineswegs der Plan, die monarchische Regierungsform zu vernichten, wohl aber, einen Fürsten aus einer großen Nation zu erlangen, der eine gesunde Politik befolge und den großen Ideen der Constitution und des Fortschritts (!) huldige, kurz, der im Stande wäre, Griechenland mit den civilisirten Völkern auf gleiche Höhe zu stellen und ihm durch seine Allianzen eine moralische Kraft, eine Würde und einen Credit zu verschaffen, den die bairische Dynastie ihm nicht zu bieten vermochte.“ Das ist, schreibt die „N. P.“, das erbärmlichste Bekenntniß eigener Unfähigkeit, welches uns noch je nach einer Revolution vorgekommen ist — selbst wollen und können sie nichts; es soll Einer kommen, der's ihnen macht. Ganz so wie die Neu-Italiener, denen Louis Napoleon auch die Freiheit erobert und die Einheit zum Geschenk machen sollte; aber Victor Emanuels Regierung war doch nicht so naiv, das offen zu bekennen!

Ueber die Aeußerungen des Ministers Gr. Fagnoli bei dem Empfang des Ausschusses des deutschen Handelsrates liegt noch ein Bericht vor, nach dem diese Aeußerungen viel schärfer und erhitzter waren, als sie von der „Sp. Ztg.“ berichtet wurden. Hiernach hätte Herr Graf Fagnoli die Gelegenheit ergriffen, um folgende Erklärung abzugeben: „Er beargwöhne nicht, wie Jemand habe die Ansicht verbreiten können, daß Preußen vom Handelsvertrag zurücktreten oder denselben modificiren wolle; Niemand in Berlin denke daran. Das siehe sie, daß eine Erneuerung des Zollvereins nur auf Grundlage des Handelsvertrages und mit dem Handelsvertrag stattfinden könne; ehe

der Vertrag angenommen sei, könne weder mit anderen Staaten noch mit Oesterreich über Reconstruction des Zollvereins und dessen Stellung zu Oesterreich verhandelt werden. Wenn der eine oder der andere Staat deshalb austrete, so schade sich derselbe dadurch am Meisten selbst, und könne man es nicht verhindern, so dürfe man gewiß sein, daß der eigene Vortheil den Ausschließenden zwingen würde, über kurz oder lang wieder in den Zollverband einzutreten. Preußen sei immer der freundliche und nachgiebige Theil am Bundestage gewesen, was man von Oesterreich nicht in demselben Maße sagen könne. Wenn man jetzt wieder auf die Nachgiebigkeit Preußens rechne, so täuscht man sich — an ein zweites Dimüß wäre nicht zu denken.“ Es ist nicht verständlich, bemerkt hierzu die „Wiener Ztg.“ mit welcher Ideen-Association Herr Graf Fagnoli vom Handelsvertrage auf den Bundestag gelangt ist. Sollte es bloß deshalb geschehen sein, um die freundliche Nachgiebigkeit Preußens im Gegensaße zu Oesterreich zu preisen und Dimüß in die Erklärung einzuflechten, so ist der Gedankenprohne auch materiell kein sehr glücklicher.

Nach Berichten aus Berlin vom 14. d. sind die Antworten der preussischen Regierung auf die letzte Erklärung Baierns und Württembergs in Sachen des Handelsvertrages abgegangen. Die preussische Regierung soll ganz ihren Standpunkt festhalten und würde in der definitiven Ablehnung der Kündigung des Zollvereins stehen. Es heißt ferner, Preußen würde der Einladung Baierns zur Münchener Conferenz, welche auf einer früheren Abrede beruht, jedoch auf andere als im Artikel 34 der Zollvereinsverträge bezeichneten Gegenstände nicht eingehen.

Die ministerielle Sternzeitung bringt in Bezug auf die im Januar bevorstehende General-Conferenz der Zollvereins-Staaten noch Folgendes: „Nach den Zollvereins-Verträgen sollen die General-Conferenzen zur Abwicklung der Vereinigungsverhältnisse alljährlich im Juni zusammentreten. Auf der letzten Conferenz im Jahre 1859 wurde München als Versammlungsort der nächstfolgenden (fünfzehnten) General-Zollconferenz bezeichnet, die Eröffnung derselben indes unter Zustimmung der Vereins-Regierungen bisher vertagt. Nach der bisherigen Praxis hat die Regierung desjenigen Staates, in welchem die Conferenz stattfinden soll, die Einladungschriften zu erlassen; das ist jetzt Baiern geschehen, und es liegt für die preussische Regierung nicht der mindeste Grund vor, sich den Geschäften der tractatmäßig festgestellten und ordnungsmäßig berufenen General-Conferenz in Zollvereins-Angelegenheiten zu entziehen. Eine andere als die durch den gewöhnlichen Geschäftsgang bedingte Bedeutung wird die nächste General-Conferenz um so weniger erhalten, als Tariffragen, in Anbetracht des nahe bevorstehenden Ablaufs der Zollvereins-Periode, nicht zur Sprache kommen werden.“ Hieraus ergibt sich also, daß die preussische Regierung sich auf der bevorstehenden Zollconferenz lediglich auf die laufenden Geschäfte einlassen, die Frage wegen des Handelsvertrages, der österreichischen Vorschläge u. dergl. nicht erörtern lassen wird.

Das Dresd. Journal veröffentlicht den Bescheid der sächsischen Regierung auf die Eingabe des Leipziger Staatsrathes bezüglich der Handelsfrage. Die Auffassung der Regierung sei unverändert geblieben, die Sachlage gegenwärtig aber derartig, daß nur die Vermittlung erübrige. Die Regierung habe Niemand beauftragt, eine Erklärung für sie abzugeben. Der Schritt des Leipziger Stadtraths wird als vorzeitig scharf getadelt. Der Bescheid erinnert, die Regierung habe in Zollvereinsachen mehrmals gegen die Leipziger Kundgebungen handeln müssen, schließlich doch Leipzig zufriedengestellt. Der Bescheid bemerkt ferner, der Stadtrath habe nicht das Landes-Interesse, sondern allein die Special-Interessen Leipzigs zu vertreten, und deutet an, es sei unvorsichtig, letzteren bei der Zollumgestaltung zu präjudiciren.

Im „Sprechsaal“ der F. V. Z. stellt ein deutscher Demokrat, „dem das Heim näher ist wie der Rod und ein Oesterreicher lieber wie tausend Franzosen“ folgende Anfrage an die Offenbacher und besonders an den dortigen Staatsmann, der mit §. 2 und 4 Oesterreich ganz aus Deutschland wegdisputiren will. 1) Hat Frankreich nicht auch das Tabaksmopol so gut wie Oesterreich, und warum ist das kein Grund zur Ab-

Das Wie? aber war, da die Frau weder in ihrer Zelle, noch überhaupt in der Strafanstalt zu einem Farbestoff gelangen konnte. Allen ein Räthsel. Endlich wurde ihr Geheimniß durch einen Zufall entdeckt. Die weiblichen Sträflinge in Milban nahen nämlich für die Sträflinge in der Abtheilung für Männer die Hemden, die blau mit einem rothbaumwollenen Streif sind. Von diesem Streif hatte die Frau einzelne Fäden ausgezupft, bis sie genug hatte, um durch Auslangen mit Wasser einen rothen Farbestoff zu erlangen, mit dem sie sich dann die Wangen färbte. Wie Genies immer Nachahmer finden, und Streiche, wie der eben erwähnte, selbst in Gefängnissen den Kameraden nicht verborgen bleiben, so griff die Sitte, sich zu schminken, sehr rasch sehr verständig hat, ist es heute noch nicht gelungen, dem Schminken ganz ein Ende zu machen. Ein anderes Puggenie war Mary Ann Ball, die stets Mittel fand, sich das Surrogat einer Crinolinen zu verschaffen, und sollte sie die Decken ihres Bettes, oder die Handstricke ihrer Hängematte dazu nehmen; gleich geschick war sie in der Kunst, dem neuen Gefängnißhänger, den sie erhielt, in wenigen Stunden, bis zum andern Morgen, ein modisches Aussehen zu geben. Anmuth der runden Linien zeichnet bekanntlich Gefangenenkleider nicht aus, aber wie oft erschien Ball des Morgens in dem erst den Abend vorher empfangenen Anzug mit tiefer Taille und langer Schleppe, welche den Reiz der

ganzen Strafanstalt erregte; daneben aber auch noch mit einem Schnürleid, der, wenn man bedenkt, daß Schnüren und Apparate dazu nicht gestiftet waren, ein Kunststück sinnreichster Construction war. Zur Anfertigung benutzte sie Drähte, mit denen das Zellenfenster bezogen war, und wahrscheinlich wäre sie während ihres ganzen Gefängnislebens für ein Muster schlanker Buchfess gehalten worden, wenn allzu starke Schnüren ihr nicht einmal in der Kirche eine Dornenmacht und damit Entdeckung zugezogen hätte. Auch hier wirkte dies ein Beispiel ansteckend, und schließlich mußte jede Einzelne regelmäßig untersucht werden, ob sie sich nicht geschnürt habe. Groß ist auch die Sehnsucht nach dem Besitz von Haarnadeln oder Anschlitt, und auf ein Stück Glas sind die weiblichen Sträflinge verpicht wie die Wilden. Manchmal zerbrechen sie nur zu diesem Zwecke ein Fenster und machen sich durch Anrühren einer Scheibe über dem Gas oder einem Leichte einen Spiegel. Der Besitz einer solchen Spielerei läßt oft das schlimmste Weib wochenlang geduldig wie ein Lamm dieben, und die Wegnahme verwandelt es in eine Megäre.

Aber auch abgesehen von dem Wunsche, ein Spiegelurrogat zu besitzen, ist die Leidenschaft, Fenster zu zerhacken, so wie die andere, Kleider zu zerreißen, eine, wie es scheint mit hysterischen Anfällen im Zusammenhang stehende Eigenheit der Sträflinge weiblichen Geschlechts. In einem Jahre kamen in Mil-

bank nicht weniger als 154 Ausbrüche von dieser Art vor. Fenster wurden zerhackt, Bettdecken zerrissen, Anfangs in Streifen, dann aber in so kleine Fetzen, daß sie unbedingt nicht wieder zu verwenden waren. In der Strafszelle wurde es eine so allgemeine Regel, jede Nacht ein Paar Bettdecken zu zerreißen, und dieses vollständig ausgebildete Störungssystem machte die Gefängnisrechnungen so anwachsend, daß man auf Mittel sinnen mußte, der Ansicht unbedingt ein Ende zu machen. Ein sinnreicher Kopf kam auch auf den Einfall, Päckleinwand mit Bindfaden benetzt, unter die Zerstückelungen als Bettdecken auszugeben. Eine Weile half das, aber es gab unter den Sträflingen doch noch einen sinnreicheren Kopf, als den Erfindere, die ihre Eßplanne mit Zinnblech zerstückel und von den Bruchstücken einen Streifen versteckte, welchen sie sich in der Nacht zu einem Messer schärfte. Damit schnitt sie dann mit großem Jubel die Decke entzwei und zeigte den andern Wogen die Früchte ihrer Arbeit frohlockend der Aufseherin.

Die Lust den Aufseherinnen einen Poffen zu spielen oder Nachbarin der Cameradin zu werden, die eben erst wegen eines Disciplinarfehlers in die Strafszelle gekommen ist, trägt die Hauptschuld an diesen Ausbrüchen; aber oft ist es auch der Heißhunger nach Veränderung oder Lärm, um Abwechslung in die Eintönigkeit des Gefängnislebens zu bringen. Man-

mal sagen die Störenfriede es der Aufseherin voraus, als ob es ein unanwendbares Verhängniß wäre, und zu der Verfasserin kam einmal eine Witaufseherin und gestand ihr mit einer tomschen Wiene des Entschens, daß sie sich selbst unwillkürlich versucht fühle, eine Zerstückelung aufzuführen. Ihre Nerven konnten die eintönige Ruhe nicht länger ertragen, und wenn sie die Weiber kreischen und Fenster und Geschir zerbrechen hörte, kam ihr der Ton so verlockend vor, wie dem edlen Ross die Kriegstrompete. Die Dunkelzelle, die gewöhnliche Strafe, ist übrigens nach der Verfasserin kein genügendes Heilmittel gegen die Eclenkrankheit.

Das schon erwähnte sinnreiche Puggenie Ball besaß zu ihren anderen ausgezeichneten Eigenschaften auch die, sehr häufig Anfälle von Zerstückelung zu bekommen. Dann kletterte die Fenster, Stuhl und Tisch in ihrer Zelle gingen in Stücke, und Ball's Reiseroute nach der Dunkelzelle war von Fetzen ihrer Kleider, aus Haar und Warg der zu ihrer Bewältigung herbeigerufenen Gefängnisdiener, und Knöpfen der Dienstuniform bezeichnet. Die Ball war ihrer Unbändigkeit wegen so gefürchtet, daß, als sie nach kurzer Freiheit wieder einmal zur Haft gebracht wurde, die Nachricht von ihrer bevorstehenden Ankunft unter den Gefängnis-Bewakten, und selbst unter den Gefangenen allgemeine Bestürzung verbreitete. „Die Ball kommt wieder“, rief mit der Bühgeschwindigkeit einer Unglücksnachricht durch alle Räume der Strafanstalt. Trotzdem war die

Amtsblatt.

Nr. 6062. Kundmachung. (4287. 3)

Es wird zur allgemeinen Kenntniss gebracht, dass in Folge Allerhöchster Entschliessung Seiner k. k. Apostolischen Majestät vom 10. October 1862 die Heeresergänzung für das Jahr 1863 darauf beschleunigt ist, dass dieselbe längstens bis Ende März 1863 beendet werde.

Das Contingent für Galizien mit Krakau beträgt wie im Vorjahre 12,115 Mann.

Die im Jahre 1842, 1841, 1840, 1839 und 1838 Geforenen sind bei dieser Heeresergänzung zur Stellung herufen.

Der zum Beginn der Verzeichnung der Militärschlichtigen bestimmte Tag ist der 1. November 1862.

Die Befreiung von der Stellungspflicht gelten nur für jene Heeresergänzung, für welche sie erlangt worden sind, müssen also vorkommenden Falls bei dieser Heeresergänzung neuerlich angefordert bezüglich nachgewiesen werden.

Die gesetzliche Frist zum Erlange der Militär-Befreiungsgüter für die in den fünf aufgerufenen Altersklassen Stehenden reicht im Sinne der h. Ministerial-Verordnung vom 3. Juni 1860 (N. G. Bl. Nr. 158 ex 1860) bis zum Tage des Beginnes der Amtshandlung der politisch-militärischen Befreiungs-Commissionen.

Ver spätete Anbringen um Bewilligung zum Erlage der Taxe werden unter keiner Bedingung berücksichtigt werden.

Hievon werden sämmtliche im militärschlichtigen Alter Stehenden im Grunde des § 4 des Amtsunterrichtes zum Heeresergänzungsgesetze verständigt, und die von ihrer Heimath mit oder ohne Bewilligung Abwesenden werden auf die Bestimmungen des Heeresergänzungsgesetzes vom 29. September 1858 aufmerksam gemacht.

Von der k. k. galizischen Statthalterei. Lemberg, am 24. October 1862.

L. 66062. Obwieszczenie. Podaje się do powszechniej wiadomości, że w skutek najwyższego postanowienia Jego c. k. apostolskiej Mości z dnia 10 października 1862 przeprowadzić się ma uzupełnienie armii na rok 1863 w ten sposób, ażeby najdalej z końcem marca 1863 ukończone zostało.

Kontyngent dla Galicji z Krakowem wynosi jak w upływnym roku 12115 ludzi.

Przy tem uzupełnieniu armii powołani są do stawienia się urodzeni w latach 1812, 1841, 1840, 1839 i 1838.

Dniem przeznaczonym do rozpoczęcia konsygnowania obowiązanych do wojska jest dzień 1go listopada 1862.

Uwolnienia od obowiązku stawienia się ważne są tylko dla tego uzupełnienia armii, dla którego zostały osiągnięte, w wydarzającym się zatem wypadku przy terażniejszym uzupełnieniu armii powinno się o nie upraszać ponownie a względnie udowodniać.

Prawny termin do złożenia taksy uwalniającej od wojska dla wszystkich należących do powyższych klas wieku sięga w duchu ministerjalnego rozporządzenia z dnia 3 czerwca 1860 (Dz. ust. p. Nr. 158 ex 1860) do dnia rozpoczęcia urzędowania polityczno-wojskowej komisji uwolnienia.

Opóźnione podania o przyzwolenie do złożenia taksy pod żadnym warunkiem nie zostaną uwzględnione.

O czem na mocy §. 4 objaśnien urzędów co do ustawy dla uzupełnienia armii zawiadamia się wszystkich znajdujących się w wieku obowiązującym do wojska, przyczem zwraca się uwagę wszystkich za przyzwoleniem albo bez tegoż za granicą bawiących na postanowienia ustawy dla uzupełnienia armii z dnia 29 września 1859.

Z c. k. galic. Namiestnictwa. Lwów, dnia 24 października 1862.

Nr. 8137. Kundmachung. (4312. 3) Das hohe k. k. Handels-Ministerium hat laut Eröffnung vom 30. October l. J. 7941/3353 dem Sp. hahn von Netrebski, Privat-Ingenieur in Krakau, auf die Erfindung einer eigenthümlichen Construction des Rostes und Feuerapparates für alle Feuerungs-Apparate ein ausschliessendes Privilegium für Dauer von fünf Jahren erteilt.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniss gebracht wird. Krakau, am 8. November 1862.

Nr. 20891. Edict. (4329. 2-3) Vom Krakauer k. k. Landesgerichte wird bekannt gemacht, dass zur Einleitung der durch Hrn. Julius Gabriel Geschäftsmann aus Bieltz angeführten Amortisirung der demselben angeblich in Verlust gerathenen, von ihm an die Dobre seiner Eigenen auf Hrn. Anton Frenzel Realitätenbesitzer in Biala gegebenen und durch den Letzteren acceptirten vier Originalprimawechseln, u. z.:

a) dato Biala den 15. Mai 1862 pr. 300 fl. öst. W. in Biala den 30. September 1862 fällig,

b) dato Biala den 1. October 1862 pr. 400 fl. öst. W. in Biala den 31. December 1862 fällig,

c) dato Biala den 15. Mai 1862 pr. 400 fl. öst. W. in Biala den 30. Sept. 1862 fällig, und

d) dato Biala den 15. April 1862 über 200 fl. öst. W. in Biala den 15. Juli 1862;

der Inhaber dieser Wechseln im Sinne des Art. 73 W. D. hiemit aufgefordert wird jene Wechseln binnen 45 Tagen von hute an und bezüglich des am 31. December 1862 fälligen Wechseln p. 400 fl. öst. W. vom

Verfallstage an gerechnet, so gewiss bei diesem k. k. Landesgerichte vorzulegen, widrigens jene Wechseln nach Ablauf jener Frist auf Anlangen des Hrn. Julius Gabriel null und nichtig erklärt werden würden.

Krakau, am 10. November 1862. N. 20586. E dy kt. (4297. 2-3)

C. k. Sąd krajowy w Krakowie jako Sąd wekslowy podaje do publicznej wiadomości, iż Eliazs Rakower jako ojciec małoletniego Getzla Rakower i Bezael Zucker jako ojciec córki swój Sary Zuckerownej pod dniem 30 października 1862 Nr. 20586, wniosli podanie o amortyzacya sola weksla osnowy następującej:

„Krafaa den 22. Juni 1862, pr. 900 fl. ö. W. „Zwei Monate a dato zahlen wir gegen diesen Sola-Wechsel an die Erben des Braupaarses Gezel Rakower und Sara Zucker die Summe von neunhundert Gulden in österr. Währung, Werth erhalten, leisten zur Verfallszeit pünctliche Zahlung nach Wechselrecht. — Grossfeld A. Schramroth m. p. An uns selbst zahlbar in Krakau.“

Wzywa się zatem posiadacza wzmiankowanego wyżej wekslu, aby takowy w przeciągu dni 45 od dnia niniejszej uchwały tém pewniej sądowi krajowemu złożył, gdyż w przeciwnym razie po upływie owego terminu weksel ten za umorzony uznany zostanie.

Kraków, dnia 4 listopada 1862. N. 20291. Kundmachung. (4311. 2-3)

Von die laut §. 29 der Vollziehungsvorschrift vom 17. Juli 1862 Z. 2945/S.-M. zur Branntweinsteuer-gesetz gestatteten Einföndung der Bestellungen auf Spiritus-Maschapparate durch das Krakauer Finanz-Landes-Deconomate hat es abzukommen.

Dagegen hat das hohe k. k. Finanz-Ministerium mit dem Erlasse vom 1. d. M. Z. 59738/2221 gestatt, dass von der k. k. Finanz-Bezirks-Direction Bestellungen auf Spiritus-Maschapparate, welche mit dem Kostenbetrage an Lieferungspreis sammt Transportspesen, für ein Stumpfsches Apparat von 115 fl. bis 120 fl., für ein Kittingersches von 87 fl. bis 90 fl. und für ein Jacquier'sches von 115 fl. bis 120 fl. ö. W. je nach der Entfernung der Brennerei von dem Standorte der Finanz-Bezirks-Direction und dieser von Wien oder Brünn so wie der Schwierigkeit des Transportes gegen Verrechnung belegt sind, bis Ende December 1862 im Commissionswege zur Realisirung übernommen worden.

Hievon werden die Herren Branntweimbrennerei-Inhaber in Kenntniss gesetzt.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction. Krakau, am 8. November 1862. N. 16250. E dy kt. (4328. 2-3)

C. k. Sąd krajowy zawiadamia niniejszym edyktem z miejsca pobytu niewiadomych pp. Kazimierza i Barbarę hr. Potulickich, że z powodu ich nieobecności ustanowiony został kurator w osobie p. adwokata Dra Zyblikiewicza z zastępstwem p. adwokata Dra Koreckiego i temuż uchwały tabularne do l. 11508, 12070 i 12134 ex 1861 dotyczące dóbr Bobrek dla tych nieobecnych wydane doręczone zostały.

Zaleca się zatem nieobecny pp. Kazimierzowi i Barbarze hr. Potulickim aby ustanowionemu kuratorowi potrzebne dokumenta udzielili lub innego obronę sobie wybrali i o tem sądowi donie-li, w razie bowiem przeciwnym sami sobie skutki z zaniebdania wynikłe przypisać będą musieli.

Kraków, dnia 29 października 1862. N. 1028. Concurskundmachung. (4327. 2-3)

Bei dem Krakauer k. k. Landesgerichte ist eine Accessionsstelle mit dem Gehalte jährlicher 420 fl. ö. W., im Falle gradueller Borrückung aber mit jährlichen 367 fl. 50 kr. ö. W. erledigt.

Zur Befegung dieser Stelle wird der Concurs mit der Frist von vier Wochen vom Tage der dritten Einschaltung in das Amtsblatt der „Wiener Zeitung“ hiermit ausgeschrieben, und die Bewerber aufgefordert, ihre Besuche nach Anordnung des k. Patentes vom 3. Mai 1853 Nr. 81 R. G. B. zu überreichen.

Die in Disponibilität befindlichen haben überdieß die Nachweisung zu liefern, in welcher Eigenschaft, mit welchen Besügen und von welchem Zeitpunkte sie in die Verfügbarkeit getreten sind und bei welcher Klasse sie die Disponibilitäts-genüsse beziehen.

Vom Präsidium des k. k. Landesgerichtes. Krakau, am 8. November 1862. N. 18823. E dy kt. (4298. 2-2)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem pana Wincentego Jadowskiego z miejsca pobytu niewiadomego, że przeciw niemu celem doręczenia uchwały tutejszego sądu z dnia 2 czerwca 1862 l. 8246 tyczący się sporu Maryanny Seidel i nieletnich spadkobierców po Karolu Seiuel przeciw spadkobiercom Kazimierza Jadowskiego o zapłacenie 8000 zlp. z p. n. wniosła pozew.

Gdy miejsce pobytu pozwanego p. Wincentego Jadowskiego jest niewiadomem przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego p. Jadowskiego jak ównie na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego adwokata Dra Koreckiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicji obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu aby w zwyż oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obronę sobie wybrał, i o tém c. k. Sądowi krajowemu donosił, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniebdania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, dnia 14 października 1862. Meteorologische Beobachtungen.

Barom.-Höhe auf in Baralt. Ein- in Meaum. rel. Temperatur nach Meaumur. Specif. Feuchtigk. der Luft. Richtung und Stärke des Windes. Zustand der Atmosphäre. Erscheinungen in der Luft. Bemerkung der Wärme im Laufe d. Tage von bis.

6 330 28 - 32 100 Di mittel 10 31 30 - 54 100 Di mittel 17 31 68 - 54 100 Di stark

N. 20586. E dy kt. (4297. 2-3) C. k. Sąd krajowy w Krakowie jako Sąd wekslowy podaje do publicznej wiadomości, iż Eliazs Rakower jako ojciec małoletniego Getzla Rakower i Bezael Zucker jako ojciec córki swój Sary Zuckerownej pod dniem 30 października 1862 Nr. 20586, wniosli podanie o amortyzacya sola weksla osnowy następującej:

„Krafaa den 22. Juni 1862, pr. 900 fl. ö. W. „Zwei Monate a dato zahlen wir gegen diesen Sola-Wechsel an die Erben des Braupaarses Gezel Rakower und Sara Zucker die Summe von neunhundert Gulden in österr. Währung, Werth erhalten, leisten zur Verfallszeit pünctliche Zahlung nach Wechselrecht. — Grossfeld A. Schramroth m. p. An uns selbst zahlbar in Krakau.“

Wzywa się zatem posiadacza wzmiankowanego wyżej wekslu, aby takowy w przeciągu dni 45 od dnia niniejszej uchwały tém pewniej sądowi krajowemu złożył, gdyż w przeciwnym razie po upływie owego terminu weksel ten za umorzony uznany zostanie.

Kraków, dnia 4 listopada 1862. N. 20291. Kundmachung. (4311. 2-3)

Von die laut §. 29 der Vollziehungsvorschrift vom 17. Juli 1862 Z. 2945/S.-M. zur Branntweinsteuer-gesetz gestatteten Einföndung der Bestellungen auf Spiritus-Maschapparate durch das Krakauer Finanz-Landes-Deconomate hat es abzukommen.

Dagegen hat das hohe k. k. Finanz-Ministerium mit dem Erlasse vom 1. d. M. Z. 59738/2221 gestatt, dass von der k. k. Finanz-Bezirks-Direction Bestellungen auf Spiritus-Maschapparate, welche mit dem Kostenbetrage an Lieferungspreis sammt Transportspesen, für ein Stumpfsches Apparat von 115 fl. bis 120 fl., für ein Kittingersches von 87 fl. bis 90 fl. und für ein Jacquier'sches von 115 fl. bis 120 fl. ö. W. je nach der Entfernung der Brennerei von dem Standorte der Finanz-Bezirks-Direction und dieser von Wien oder Brünn so wie der Schwierigkeit des Transportes gegen Verrechnung belegt sind, bis Ende December 1862 im Commissionswege zur Realisirung übernommen worden.

Hievon werden die Herren Branntweimbrennerei-Inhaber in Kenntniss gesetzt.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction. Krakau, am 8. November 1862. N. 65065. Kundmachung (4286. 4)

Laut Erlasses des h. k. k. Staatsministeriums vom 14. October l. J. Z. 21645—2016 haben Seine k. k. Apostolische Majestät mit Allerhöchster Entschliessung vom 8. October 1862 allergnädigst zu gefasset gerucht, dass die mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 6. October 1860 genehmigten, mit dem h. o. Erlasse vom 11. October 1860 Z. 50561 bekannt gegebenen Erleichterungen auch bei der bevorstehenden Heeresergänzung für 1863 in allen Ländern der Monarchie in Wirksamkeit bleiben.

Ingleichen genehmigen die Centralstellen den Fortbestand der damals gleichzeitig eingeführten Erleichterung in den Bestimmungen des Amtsunterrichtes.

Diesem nach hat die mit h. o. Erlas vom 11. October 1860 Z. 50561 bekannt gegebene h. Ministerial-Verordnung vom 7. October 1860 Z. 31235 in Betreff der für die Heeresergänzung für 1861 gegebenen Erleichterungen zu den §§. 13, 21, 29 und 34 des Heeresergänzungsgesetzes, dann zu den §§. 12, 23 und 37 des Amtsunterrichtes zum Heeresergänzungsgesetze auch bei der nächsten Heeresergänzung für 1863 in Anwendung zu verbleiben.

Indem die k. k. Statthalterei diese höchsten Orts für die bevorstehende Heeresergänzung gestatteten Erleichterungen zur allgemeinen Kenntniss bringt, wird auch bekannt gegeben, dass die Lösung im ganzen Lande an einem und demselben Tage, dessen nachträgliche Bestimmungen sich die k. k. Statthalterei vorbehält, in den Bezirksorten, beziehungsweise für die Städte Lemberg und Krakau bei den betreffenden Magistraten stattfinden wird.

Von der k. k. galizischen Statthalterei. Lemberg, am 20. October 1862. N. 3411jud. Edict. (4304. 1-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte Kenty wird bekannt gemacht, es werde über Ansuchen des k. k. Landesgerichtes in Krakau als competenten Executionsgerichtes vom 22. September 1862 Z. 16594 zur Befriedigung der dem Enoch Hankam gebührenden Wechselforderung per 300 fl. ö. W. oder 315 fl. ö. W. sammt den vom 1. August 1850 bis zur wirklichen Zahlung laufenden 4% Interessen, den früher mit 10 fl. 4/2 kr. ö. W. und 3 fl. 36 kr. ö. W., dann gegenwärtig mit 10 fl. 63 kr. ö. W. zuerkanneten Executionskosten die executive Teilbietung der zur Nachlassmasse des Jakob Hankam gehörigen in Bujaków unter Cons. Z. 93 gelegenen Realität, hiemit die Licitation ausgeschrieben und zur Vornahme zwei Tagfahrten u. z. am 28. November 1862 und 11. December 1862 jedesmal um 9 Uhr Vormittags im Orte Bujaków mit dem Beifasse ausgeschrieben, dass für den Fall als dieser zweite Termin fruchtlos verstrichen oder der unter dem Schätzungswerte per 320 fl. ö. W. erzielte Bestbot zur Befriedigung aller hypothetischen Gläubiger nicht zureichen sollte

gemäß Hofdecret vom 25. Juni 1824 Nr. 2017 §. 148 der G. D. die Verhandlung mit den Tabulargläubigern, und sofort die Ausschreibung des 2. Licitationstermins erfolgen wird.

Die Licitationsbedingungen so wie der Schätzungsact und Tabularstand dieser Realität können in der Gerichtskanzlei und bei der Licitationsannahme eingesehen werden.

Vom k. k. Bezirksamte als Gericht. Kenty, am 23. October 1862. Wiener - Börse - Bericht vom 14. November. Oeffentliche Schuld. A. Des Staates.

In Oest. W. zu 5% für 100 fl. 65 65 65 75 Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl. 82 60 82 70 Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl. 61 75 62 - Metalliques zu 5% für 100 fl. 71 15 71 25 dito. „ 4 1/2% für 100 fl. 61 75 62 - mit Verleisung v. J. 1839 für 100 fl. 136 75 157 25 „ 1854 für 100 fl. 91 60 91 75 „ 1860 für 100 fl. 83 61 83 70 Como-Rentenscheine zu 42 L. austr. 17 75 18 -

B. Per Ansländer. Grundentlastungs-Obligationen von Oest. Oest. zu 5% für 100 fl. 88 50 89 - von Währen zu 5% für 100 fl. 87 75 88 - von Schlesen zu 5% für 100 fl. 87 75 88 - von Steiermark zu 5% für 100 fl. 84 - 85 - von Tirol zu 5% für 100 fl. 89 - 90 - von Kärnt. Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl. 85 50 87 50 von Ungarn zu 5% für 100 fl. 71 70 72 - von Temeser Banat 5% für 100 fl. 69 - 70 - von Croat. u. Sl. zu 5% für 100 fl. 71 75 72 - von Galizien zu 5% für 100 fl. 70 91 71 20 von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl. 69 - 69 75

Actien (pr. St.) der Nationalbank zu 100 fl. 790 - 792 - der Creditanstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. W. 222 10 222 30 Nieder-östr. Compt. Gesellsch. zu 500 ö. ö. W. 629 - 630 - der Kaiserl.-östr. Nordb. zu 1000 fl. ö. W. 1871 1873 der Staats-Eisenbahn-Gesellsch. zu 300 fl. ö. W. oder 500 fr. 238 50 239 - der Kaiserl. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. ö. W. 153 25 153 75 der Süd-nordb. Verb. u. B. zu 200 fl. ö. W. 124 75 125 - der Theiss. zu 200 fl. ö. W. mit 140 fl. (70%) Einz. 147 - - - der südl. Staats-Eisenb. u. Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. ö. W. oder 500 fr. m. 180 fl. (90%) Einz. 274 - 275 - der galiz. Karl Ludwig-Bahn zu 200 fl. ö. W. oder österr. Donaudampfschiffahrts-Gesellsch. zu 500 fl. ö. W. 2 275 223 - der österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. ö. W. 10 - 411 - der österr. Lloyd in Wien zu 500 fl. ö. W. 228 - 230 - der Wiener Dampf- u. Maschinen-Gesellsch. zu 500 fl. österr. Währ. 393 - 400 -

Wandbriefe der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl. 104 25 104 60 auf ö. W. verlosbar zu 5% für 100 fl. 100 - 100 50 der Nationalbank 12 monatlich zu 5% für 100 fl. auf österr. Währ. verlosbar zu 5% für 100 fl. 85 10 85 75 Galiz. Credit-Anstalt öst. W. zu 4% für 100 fl. - - 81 -

Loose der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. Währung 130 50 130 60 Donau-Dampfschiff-Gesellsch. zu 100 fl. ö. W. 94 0 95 - Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. ö. W. 119 - 120 - 52 75 53 35

Städtegemeinde Oden zu 40 fl. ö. W. 35 - 36 35 Gherhard zu 40 fl. ö. W. 98 - 99 - Salm zu 40 „ 36 25 36 75 Balfay zu 40 „ 35 0 36 - Glary zu 40 „ 35 25 35 75 St. Genois zu 40 „ 35 - 35 35 Windischgrätz zu 20 „ 22 25 22 50 Radheim zu 20 „ 20 50 21 - Regleditz zu 10 „ 15 25 15 50

3 Monate. Bank(Platz)Sconto Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 3/4% 102 75 102 90 Frankfurt a. M., für 100 fl. südd. Währ. 3/4% 103 - 103 10 Hamburg, für 100 fl. W. 3% 91 30 91 50 London, für 10 Pf. Sterl. 2% 121 40 121 50 Paris, für 100 Franks 3/4% 48 30 48 30

Cours der Geldsorten. Durchschnitte-Cours. Kaiserliche Münz-Dulaten 5 79 5 80 vollw. Dulaten 5 79 5 80 Krone 16 70 16 75 20 Frankstüd 9 71 9 72 Russische Imperiale 9 98 10 - Silber 120 75 121 25

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres. Abgang: von Krakau nach Wien 7 Uhr früh, 3 1/2 30 Min. Nachm. — nach Breslau, nach Preußen 8 Uhr 30 Min. Nachm. — über Oberberg nach Preußen 8 Uhr 30 Min. Nachm. — nach bis Szczafowa 3 Uhr 30 Min. Nachm. — nach Przemysl 6 Uhr 15 Min. früh; — nach Lemberg 8 Uhr 30 Min. Abends, 10 Uhr 30 Min. Vorm. — nach Bielezka 11 Uhr Vormittags. von Wien nach Krakau 7 Uhr 15 Min. früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von Ofraa nach Krakau 11 Uhr Vormittags. von Granica nach Szczafowa 6 Uhr 30 Min. früh, 11 Uhr 27 Min. Vormittags, 2 Uhr 15 Minuten Nachmittags. von Szczafowa nach Granica 11 Uhr 16 Min. Vormitt. 2 Uhr 26 Min. Nachmitt., 7 Uhr 56 Min. Abends. von Przemysl nach Krakau 9 Uhr 56 Min. Vorm. von Lemberg nach Krakau 5 Uhr 20 Minuten Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft: in Krakau von Wien 9 Uhr 45 Minuten früh, 7 Uhr 45 Minuten Abends; — von Breslau und Warschau 9 Uhr 45 Minuten früh, 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Ofraa über Oberberg aus Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Przemysl 7 Uhr 23 Min. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 15 Min. früh, 2 Uhr 54 Min. Abends; — von Bielezka 6 Uhr 20 Min. Abends. in Przemysl von Krakau 4 Uhr 43 Min. Nachmitt. in Lemberg von Krakau 8 Uhr 32 Minuten früh, 8 Uhr 40 Minuten Abends.

Ze strony c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu w Nowymtargu czyni się wiadomo, iż w r. 1830 zmarł Szymon Morawa w Miedzyczeronem pod Nr. domu 48 bez pozostawienia rozporządzenia ostatniej woli.

Ponieważ temu Sądowi terazniejszy pobyt spadkobierców Katarzyny i jej ojcę Józefa Skubisza wiadomy nie jest, zatem wzywa się tychże, ażeby w przeciągu roku jednego od dnia niżej wyrażonego, licząc, zgłosili się w tymże sądzie oświadczenie się do spadku wnieśli, w przeciwnym bowiem razie byłaby pertraktacja z sukcesorami, którzy się zgłosili i z kuratorem Maciejem Wirniańskim dla nich ustanowionym, przeprowadzona.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd. Nowy Targ, dnia 21 czerwca 1862.

C. k. Sąd obwodowy w Rzeszowie zawiadamia niniejszym edyktem, że spadkobiercy s. p. księcia Henryka Lubomirskiego, jakoto: ks. Jerzy Henryk Lubomirski, ks. Izabella Sanguszkowa i ks. Jądwiga de Ligné, że przeciw masie Bazylego Uranowicza, a względnie jego z nazwiska życia i miejsca pobytu niewiadomym spadkobiercom i prawonabywcom o wykreślenie z dóbr Rogozna i Karniaków sum 233 złr. mk., 821 złr. 48 kr. ww. i kwot procentowych 69 złr. 54 kr. ww. z p. n. pozew dnia 21 września 1862 do l. 5659 wnieśli i że w załatwieniu tegoż pozwu do ustnej rozprawy termin na 28 stycznia 1863 o godzinie 9ej przedpołudniem wyznaczony został i że dla masy zapozwanej na koszt i niebezpieczeństwo tejże p. adwokat Dr Zbyszewski kuratorem ustanowiony został, z którym spór wytoczony według istniejących przepisów przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym, aby w zwyczajnym czasie albo samemu stanieli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu, dla nich zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali i o tem c. k. sądowi obwodowemu donieśli w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym, wynikię z za niedbania skutki sami sobie przypisaćby musieli. Z Rady c. k. Sądu obwodowego. Rzeszów, dnia 10 października 1862.

Zur Besetzung der im Erledigung gekommenen Kanzenstellen beim Przemysler gr. kath. Consistorium, womit der Gehalt jährlich 315 fl. österr. Währ. verbunden ist, wird hiemit der Concurs vom 1. November 1862 bis 15. December 1862 einschließig ausgeschrieben.

Die Bewerber um diese Stelle von welchen die Kenntniss der ruthenischen, deutschen und lateinischen Sprache, dann eine geläufige leserliche Handschrift gefordert wird, haben ihre diesfälligen, gehörig instruirten Gesuche in der vorbedachten Zeit in die Consistorial-Kanzlei einzubringen. Bewerber welche in dem Registraturfache bewandert sind, genießen den Vorzug. Przemysl, am 27. October 1862.

Vom k. k. Bezirksamt als Gericht in Biala wird zur allgemeinen Kenntniss hiemit gebracht, daß zur Vereinfachung der Forderung des Hrn. Eduard Müller aus Biala pr. 560 fl. ö. W. s. N. G. die executive Feilbietung der sub Nr. 264 in Biala gelegenen dem Hrn. Carl Müller grundbücherlich gehörigen den Betrag von 1254 fl. 80 kr. österr. W. geschätzten Haus Realität bei den gedachten zwei Terminen unter dem Schätzungswerthe nicht veräußert wird. Das Badium beträgt 130 fl. öst. W. Die Feilbietungsbedingungen, der Grundbuchsextract und der Schätzungsact können in der hiesigen Registratur eingesehen werden. — Kauflustige werden hiermit vorgeladen. Biala, am 20. October 1862.

C. k. Sąd miejsko-delegowany Nowo-Sandecki podaje do wiadomości, że Jędrzej Szafranski z gubernii Lublińskiej dnia 5 września 1862 w Nowym Sączu zmarł i majątek ruchomy po tymże pozostały, w sądownym zachowaniu zostaje. Sukcesorów i wierzycieli zmarłego niniejszym się wzywa, aby swe prawa do 31 grudnia 1862 tym pewniej w sądzie tutejszym zameldowali, inaczeyby spadek sądowi należytemu lub osobom do podjęcia tego spadku upoważnionym, wydanym został. Nowy Sącz, dnia 9 października 1862.

Bei der am 19. Juli l. J. in Lemberg vorgenommenen Versteigerung aus der Stiftung des verstorbenen Gutsbesizers Vincenz Ritter Lodzia Poninski zur Unterstützung dürftiger Handwerker-Gesellen, wovon 120 Bewerber Theil nehmen, haben: Die I. Prämie von 581 fl. Michael Król, Schlossergeselle 1834 in Jaslo geboren, röm. kath.

Die III. Prämie von 387 fl. Johann Dorociński 1836 in Szkło-Przemysler Kreises geboren, r. f., Schlossergesell, endlich die IV. Prämie von 293 fl. Paul Horwath 1828 in Lemberg geboren r. kath. Schneidergesell, geboren. Was statutengemäß zur allgemeinen Kenntniss gebracht wird. Von der k. k. galiz. Statthalterei. Lemberg, am 24. October 1862.

Przy przedsięwzięciu w Lwowie na dniu 19 lipca b. r. ciągnięciu losów z fundacyi zmarłego właściciela dóbr Wincetego de Lodzia Poninskiego dla wsparcia potrzebnej czeladzi rzemieślniczej, przy czém bralo udział 126 ubiegających się wybięgnięto, jakoto:

- I. Premię w kwocie 581 złr. Michał Król, czeladnik slusarski, urodzony w Jasle 1834 r. rz. k. wyznania. II. Premię w kwocie 484 złr. Jan Strusiewicz, czeladnik krawiecki, urodzony w Czajkowitzach obwodu Samborskiego 1834 roku gr. k. wyznania. III. Premię w kwocie 387 złr. Jan Dorociński, czeladnik slusarki, urodzony w Szkle obwodu Przemyskiego 1836 roku rz. k. wyznania, nakoniec IV. Premię w kwocie 293 złr. Paweł Horwath, czeladnik krawiecki, urodzony w Lwowie 1828 roku rz. k. wyznania. Co z mocy statutów podaje się do publicznej wiadomości. Od c. k. galic. Namiestnictwa. Lwów, dnia 24 października 1862.

Zur Bewerbung um ein erledigtes Stipendium für mittellose galizische Jünglinge, welche sich dem Studium der Arzneikunde widmen, wird der Concurs bis 15ten December 1862 ausgeschrieben. Dieses Stipendium beträgt 168 fl. öst. W. jährlich und es ist damit der Bezug eines Reisegeldes nach Wien und eines gleichen Betrages zur Rückreise nach vollendeten Studien und erlangten Doctorwürde verknüpft. Die Bewerber um dieses Stipendium haben ihre mit den Nachweisungen, über Alter, Mittellosigkeit, zurückgelegte Studien und Moralität, wie auch mit dem Revers, daß sie sich verpflichten, nach erlangter Doctorwürde die ärztliche Praxis durch zehn Jahre ununterbrochen in Galizien auszuüben, — belegten Gesuche innerhalb des Concurstermins bei der k. k. Statthalterei einzubringen, wobei bemerkt wird, daß die Verleihung dieses Stipendiums ausdrücklich an die Bedingung des Besuches der medizinischen Studien an der Wiener Hochschule geknüpft ist. Von der k. k. galiz. Statthalterei. Lemberg, am 31. October 1862.

Dla ubiegania się o opróżnione stypendyum dla ubogich galicyjskich młodzieńców, którzy się poświęcają naukom wiedzy lekarskiej rozpisuje się konkurs do dnia 15 grudnia 1862. To stypendyum wynosi rocznych 168 złr. i z tem łączy się także pobieranie pieniędzy na podróż do Wiednia i równej kwoty na podróż z powrotem po ukończonych naukach i uzyskanej godności doktora. Ubiegający się o to stypendyum wnieść mają swoje podania zaopatrzone w dowody wieku, ubóstwa, odbytych nauk szkolnych i moralności, niemniej w rewers, że się zobowiązuja po osiągnięciu stopnia doktora odbywać lekarską swą praktykę przez dziesięć lat nieprzerwanie w Galicyi, w ciągu terminu konkursowego, do c. k. Namiestnictwa przyczem zwraca się uwagę, że z nadaniem tego stypendyum połączony jest warunek uczęszczania na medyczne studia w Wiedeńskim uniwersytecie. Od c. k. galic. Namiestnictwa. Lwów, dnia 31 października 1862.

C. k. Urząd powiatowy Radłów jako Sąd niniejszym edyktem wiadomo czyni, że oświadczeni spadkobiercy s. p. Julianny z Flaszów Pałczyńskiej przeciwko małżonkom Jakubowi i Reginie Szakulom i masom spadkowem nieobjętem s. p. Józefa Flasz (senior) i Józefa Flasz (junior) o oddanie realności Nr. 28 w Górcie i zdanie rachunków z dochodów, 2 września 1862 do l. 2408 skargę wnieśli, w skutek czego do dalszego ustępnego postępowania termin na dzień 15 grudnia 1862 o godzinie 9 rano oznaczony został, tymże spadkowem masom nieobjętem ustanawia się kuratorów, a to masie s. p. Józefa Flasz (senior) w osobie Karola Krzczowskiego, masie zaś Józefa Flasz (junior) w osobie Jana Bartnika, właścicieli z Górci. Sukcesorowie Józefa Flasz (senior i junior) wzywają się, ażeby w przeznaczonym czasie lub sami osobiscie stawili się, lub potrzebne informacje przeznaczonym zastępcom udzieliłi, lub też innego obrońcę wybrali i tutejszemu sądowi oznajmili, ogólnie do bronięcia prawem przepisane środki

użyli inaczey z ich opóźnienia wynikające skutki, sami sobie przypisaćby musieli. Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu. Radłów, dnia 30 października 1862.

- Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte werden die Eigenthümer folgender Massen: Nr. 4 der ananymen Masse, " 5 " " " rectius der Collectiomasse " 6 " " " " " " 7 " " " " " " 8 " " " " " " 10 " " " " " " 14 " " " " " " 25 " " " " " " 28 " " " " " " 30 " " " " " " 38 " " " " " " 39 " " " " " " 43 " " " " " " 44 " " " " " " 47 " " " " " " 48 " " " " " " 49 " " " " " " 51 " " " " " " 53 " " " " " " 54 " " " " " " 56 " " " " " " 58 " " " " " " 59 " " " " " " 60 " " " " " " 61 " " " " " " 68 " " " " " " 68 1/2 " " " " " " 71 " " " " " " 78 " " " " " " 79 " " " " " " 82 " " " " " " 85 " " " " " " 88 " " " " " " 94 " " " " " " 99 1/2 " " " " " " 111 " " " " " " 118 " " " " " " 120 " " " " " " 122 " " " " " " 135 " " " " " " 136 " " " " " " 141 " " " " " " 148 " " " " " " 150 " " " " " " 152 " " " " " " 154 " " " " " " 167 " " " " " " 168 " " " " " " 175 " " " " " " 174 " " " " " " 177 " " " " " " 181 " " " " " " 182 1/2 " " " " " " 182 1/2 " " " " " " 183 " " " " " " 192 " " " " " " 190 " " " " " " 197 " " " " " " 199 " " " " " " 204 " " " " " " 207 " " " " " " 215 " " " " " " 232 " " " " " " 233 " " " " " " 238 " " " " " " 240 " " " " " " 241 " " " " " " 243 " " " " " " 245 " " " " " " 251 " " " " " " 259 " " " " " " 279 " " " " " " aufsefordert, ihre etwaigen Ansprüche, welche sie aus der durch den Tarnower Magistrat besorgten Deposit-Verwaltung erheben könnten, binnen vier Wochen um so sicherer anzumelden, als sonst diese Massen als richtig übergeben angesehen werden würden. Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes. Tarnów, am 30. October 1862.

Vom k. k. Landes-Gerichte in Krakau wird bekannt gemacht, daß in Sachen des Herrn Nikolaus Opidowicz wider die minderjährigen Ludwig und Albin Nowak wegen Zahlung von 3000 fl. die vierte und letzte Feilbietung von 2/3 Theilen der sub Nr. 192 Ert. I. (Nr. 308 Gde. III.) in Krakau gelegenen Realität am 18. December 1862 um 10 Uhr Vormittags hiesiger Gerichts abgehalten und bei dieser die Realitätsanteile auch unter dem Schätzungswerthe hintangegeben werden. Die Feilbietungsbedingungen sind die nämlichen, welche mittelst Edictes vom 23. April 1862 S. 5301 in der „Kraukauer Zeitung“ vom 27., 28. und 30. Mai 1862 kundgemacht wurden, mit der Erleichterung, daß der i. Abf. VI. jenes Edictes enthaltene sechsmonatliche Termin zur Zahlung der restlichen 1/3 des Kaufpreises auf 18 Monate erstreckt wird. Krakau, am 29. October 1862.

C. k. Sąd krajowy w Krakowie podaje do

powszechnej wiadomości, iż w sprawie Mikolaja Opidowicza przeciw małoletnim Ludwikowi i Albinowi Nowakom o zapłacenie sumy 3000 złp. odbędzie się w czwartym i ostatnim terminie nawet niższej ceny szacunkowej w sądzie tutejszym licytacya 2/3 części realności pod l. 192 dz. I. (308 gm. III.) w Krakowie położonej, małoletnich Ludwika i Albina Nowaków własnych na dniu 18go grudnia 1862 o godzinie 10ej zrana pod warunkami edyktem z dnia 23 kwietnia 1862 l. 5301 w gazecie Krakowskiej z dnia 27, 28 i 30 maja 1862 obwieszczonej z tym dodatkiem, iż termin 6cio miesięczny w ustępie szóstym powyższego edyktu do spłacenia resztujących 1/3 części ceny kupna naznaczony, na 18 miesięcy się przedłuża. Kraków, dnia 29 października 1862.

Seine k. k. Apostolische Majestät haben mit U. b. Entschliessung vom 18. October l. J. Allerhöchstdigt zu genehmigen geruht, daß vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Feststellung der Landesvoranschläge für 1862/3 die zur Deckung der Landesbedürfnisse erforderlichen Umlagen und zwar einstweilen in dem pro 1861/2 festgesetzten Ausmaße, provisorisch auch für das Verwaltungsjahr 1862/3 ausgeschrieben werden. Zu Folge h. Staatsministerial-Erlasses vom 21. d. M. S. 5629/St. M. wird diese Allerhöchste Bestimmung hiermit mit dem Befehle zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß hiernach in Galizien für das W. J. 1863 zur Deckung der Erfordernisse des Landesfondes ein Zuschlag von 9 5/10 kr. und für die Erfordernisse der Grundentlastung ein Zuschlag von 50 5/10 kr. ö. W. von jedem Gulden der directen Steuern zu berichtigen sei. Bezüglich der vom 1. November 1862 beginnenden Einhebung und Verrechnung dieser Steuerzuschläge setzen der Einkommenssteuer von jenen stehenden Bezügen welche nach der Allerhöchsten Entschliessung vom 25. November 1858 und der in Folge derselben erlassenen speziellen Bestimmungen (Verordnungsblatt des Finanzministeriums Nr. 62 ex 1858 und Nr. 18 ex 1859) die Befreiung von der Entrichtung der Landes- und Grundentlastungs-Zuschläge nicht zukommt, werden die nöthigen Verfügungen getroffen. Von der k. k. galiz. Statthalterei. Lemberg, am 30. October 1862.

Jego c. k. Apostolska Mość najwyższem postanowieniem z dnia 18 października b. r. raczył najlaskawiej zezwolić, ażeby z zastrzeżeniem konstytucyjnego ustanowienia budżetów krajowych na 1862/3 rok wymagane na pokrycie potrzeb krajowych, podatki rozpisane zostały, a mianowicie tymczasowo według ustanowionego na 1861/2 wymiaru, prowizorycznie także i na administracyjny rok 1862/3.

Na mocy wysokiego rozporządzenia Ministerium państwa z dn. 21 t. m. l. 5629/M.P. podaje się niniejszemu do najwyższego postanowienie do publicznej wiadomości z tym dodatkiem, że według tego uiszczają się ma w Galicyi na administracyjny rok 1863 dla pokrycia potrzeb funduszu krajowego dodatek w kwocie 9 5/10 kr., a na potrzeby indemnizacyjne dodatek w kwocie 50 5/10 kr. w. a. od każdego złotego stałych podatków. Co zaś do rozpoznać się mającego poboru i obliczenia tych dodatków podatkowych, niemniej podatku dochodowego od tych stałych dochodów którym według najwyższego postanowienia z dnia 25 listopada 1858 i specjalnych w skutek tego wydanych postanowień (Dziennik rozporządzeń Ministerium finansów Nr. 62 z r. 1858 i Nr. 18 z r. 1859) nie przysłuza uwolnienie od uiszczania dodatków krajowych i indemnizacyjnych, wydane zostaną potrzebne zlecenia. Od c. k. galic. Namiestnictwa. Lwów, dnia 30 października 1862.

Vom k. k. Bezirksamt als Gericht in Bochnia wird hiemit kundgemacht, es sei über Einreiten des Herrn M. P. Ozachi Handelsmannes in Wien de pr. 26. Juni und 31. October d. J. S. 3572 und 5880 wegen Hereinbringung des ihm Seitens des Hrn. Constantin Hubner Sohnes schuldigen Betrages von 273 fl. 77 kr. ö. W. s. N. G. in die executive Veräußerung a) einer vierstigen halbgedeckten Reisefatesche auf Federn geschätzt mit 120 fl. ö. W.; b) einer preussischen Droschke ebene falls auf Federn, geschätzt mit 80 fl. ö. W., gewilliget und hiezu zwei Tagfahrten auf den 10. December 1862 und 8. Jänner 1863 jedesmal um 10 Uhr Vormittags bestimmt worden. Die Veräußerung geschieht unter folgenden Bedingungen: 1. Diese beiden Wagen werden einzeln feilgeboten. 2. Zum Ausrußpreise wird der erhobene Schätzungswerth angenommen. 3. Sie werden nur gegen Barzahlung veräußert. 4. Werden selbe bei der ersten Veräußerungstagfahrt nicht unter dem Schätzungswerthe hintangegeben werden. 5. Bei der zweiten benannten Tagfahrt um jeden Befehl bot also auch unter dem besagten Schätzungswerthe veräußert werden. 6. Jeder Kauflustige begibt sich des Rechtes halber wegen Verletzung über die Hälfte Klage zu erheben. 7. Eine Coaction wird in keiner Richtung geleistet. 8. Nach erlegten Kaufschillinge werden die bestandenen Wagen dem Bestbieter übergeben. Vom k. k. Bezirksamte als Gericht. Bochnia, am 4. November 1862.